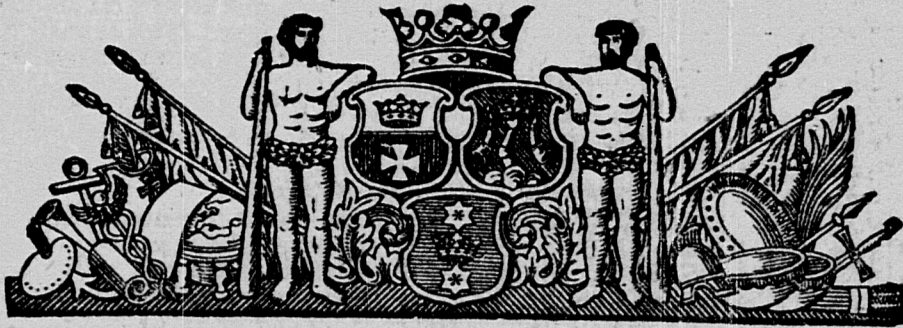


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal.
 Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).
 Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.
 Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Reuzner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegengenommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 40 Pfg. für Aufträge außerhalb Ostpreußens 50 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 30 Pfg.). Vorzugsanzeigen 1,50 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.
 Postsch. - Nummer: 141, Königsberg.
 Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, In der Apostelkirche 7. (Eisow 6202/3.)

Gründe für deutsch-demokratische Preußenwahlen!

Ebert zur Reichswahl. — Vielverbandsfriede mit dem Bolschewismus? — Das neue Volksheer.

Die Aufgaben der preußischen Nationalversammlung.

Die preußische Nationalversammlung, die morgen gewählt wird, steht vor gewaltigen Aufgaben. Das Reich wird zwar voraussichtlich die Machtkompetenz der Einzelstaaten auf verschiedenen Gebieten erheblich einschränken, immerhin werden große Aufgaben, selbst nach dem Reichsverfassungsentwurf des Staatssekretärs des Innern, den Einzelstaaten verbleiben und es ist daher wichtig, daß auch in Preußen das Volk sich den entscheidenden Einfluß im Staatsleben sichert. Um das zu erreichen, wird die Nationalversammlung in erster Linie die Verfassung der neuen Zeit und ihren Aufgaben entsprechend umzugestalten haben. Die preußische Verfassung ist ihrem Geiste nach freiheitlich gewesen, ist sie doch ein Kind der freiheitlichen Bewegung von 1848. Sie hat deshalb dem Staatssekretär des Innern in vielen Punkten als Vorbild für die Reichsverfassung dienen können. Die Reaktion der fünfziger Jahre hat jedoch das Wahlrecht so erheblich verschlechtert und den Einfluß des Volkes auf die Gestaltung seiner Geschichte so wesentlich beeinträchtigt, daß die Verfassungsgestaltungen nun erheblich einschneidender wirken werden als im Reich. Man wird das Wahlrecht und die Regierungsform den neuen Verhältnissen entsprechend umgestalten, man wird dazu jedoch erst die endgültige Gestaltung der Reichsverfassung abwarten müssen. Nur insoweit kann Preußen und die preußische Nationalversammlung schon vor Beendigung der Beratungen des deutschen Verfassungsentwurfs mitbestimmend einwirken, als sie in geschlossenen Rundungen oder durch eine starke Mehrheit sich einer Bestückelung Preußens und vielleicht auch noch anderen verhängnisvollen Vorschlägen wirksam entgegenstellen vermag. Um so wirksamer, wenn sie sich eine neue provisorische Regierung gibt, hinter der die Mehrheit der preußischen Wähler, vertreten durch die Mehrheit der Volksvertretung, steht. Schon diese Aufgaben: Die Schaffung der neuen Verfassung und einer geschäftsmäßigen Regierung, die in der Lage ist, Preußen im Reich zu vertreten, machen die Wahl zur preußischen Nationalversammlung zu einer der wichtigsten Aufgaben, die in dieser Zeit der Neugestaltung unser Volk zu erfüllen hat.

Es wird von der Arbeit der preußischen Nationalversammlung im wesentlichen abhängen, wie der Rahmen, den der Entwurf zur deutschen Reichsverfassung in wesentlichen Fragen der Verwaltung, der Staats- und Volkswirtschaft und auf kulturellem Gebiete gibt, letzten Endes ausgefüllt wird.

Solange das Reich nicht einen eigenen Verwaltungsapparat unter Übernahme der preußischen Verwaltungskörperschaften schafft, bleibt die ausführende Staatsgewalt in Preußen in den Händen der preußischen Regierung und damit bleibt auch die Fürsorge für das große Beamtenheer Preußens Angelegenheit des preußischen Staates. Ebenso wird er im wesentlichen innerhalb des Rahmens, den der deutsche Verfassungsentwurf in den §§ 19, 20 gibt, entscheidend für die Gestaltung von Kultur und Unterricht bleiben. Die Frage der Trennung von Kirche und Staat, die Frage des Religionsunterrichts in der Schule kommt in Preußen zur endgültigen Entscheidung.

Von ausschlaggebender Bedeutung wird die Landesverwaltung auch bleiben in wichtigen Fragen des Verkehrswezens. Wenn eine Übertragung der Eisenbahnen auf das Reich, wie sie der deutsche Verfassungsentwurf vorsieht, tatsächlich werden sollte, dann muß die preußische Regierung und Volksvertretung über die Bedingungen der Übernahme mit dem Reich verhandeln und die wohlwollendsten Rechte der Beamten und Angestellten sicherstellen.

Schwerwiegend werden dadurch natürlich die preußischen Finanzen beeinflusst, die durch eine einheitliche gründliche Reform so zu ordnen sind, daß Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang stehen. Das ist eine Vorbedingung für die wissenschaftliche und technische Förderung von Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Kunst in den einzelnen Landesteilen Preußens, die nach wie vor Aufgabe des preußischen Staates bleibt, da das Reich nur Richtlinien geben und allgemeine Bestimmungen treffen kann, die je nach den Verhältnissen individualisiert werden müssen. Auch auf dem Gebiete des Bauwesens, des Gesundheitswesens, der sozialen Fürsorge wird die Reichsverfassung den Einzelstaaten noch genügend Spielraum zu einer wirksamen Betätigung lassen.

Wer also die preußische Verfassung und die Regierung Preußens in freiheitlichem Sinne umgestalten will, wer für die wirtschaftliche Sicherstellung der kirchlichen Gemeinden und damit für volle Glaubens- und Gewissensfreiheit eintritt, wer für finanzielle Sicherstellung des Staates, für materielle Sicherung der Beamten

und Staatsarbeiter, für Förderung von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, für soziale Reformen bei freier Arbeits- und Wirtschaftstätigkeit ist, der muß am Sonntag wählen und seine Stimme

für die Deutsche demokratische Partei,

die Partei des freiheitlich gesinnten Bürgertums, in die Wagchale werfen, damit dieses in der preußischen Nationalversammlung der ausschlaggebende Faktor und noch wesentlich stärker vertreten ist, als in der deutschen Nationalversammlung. Dy.

Das Wahlergebnis.

Ohne Elßaß-Lothringen.

Nachdem uns auch das Resultat aus dem 27. Wahlkreise eingegangen ist, stellt sich das Wahlergebnis wie folgt:

Wahlkreis	Deutsche demokratische Partei	Sozialdemokratische Partei	Einheitspartei	Deutsche Volkspartei	Zentrum	Christlich-sozialistische Partei	Christlich
1. Ostpreußen	3	5	—	2	1	—	—
2. Westpreußen	3	5	—	2	1	—	—
3. Stadt Berlin	2	5	4	1	1	—	—
4. Potsdam 1-9 (Teltow)	2	5	1	1	1	—	—
5. " 10 (Niederb.)	2	3	1	2	1	—	—
6. Frankfurt a. O.	2	4	—	2	—	—	—
7. Pommern	2	5	—	3	1	—	—
8. Polen	4	2	—	3	3	—	—
9. Breslau	2	6	—	2	—	—	—
10. Oberschlesien	1	5	—	1	—	—	—
11. Posen	2	4	—	1	—	—	—
12. Magdeburg-Anhalt	3	7	—	1	—	—	—
13. Mecklenburg	2	1	5	1	—	—	—
14. Schleswig-Holstein	3	5	—	1	—	—	—
15. Oldenburg-Münich	2	2	—	—	1	2	—
16. Hannover-Braunschweig	2	7	1	—	2	—	—
17. Münster-Windeln	1	4	—	1	1	6	—
18. Arnberg-Westfalen	1	7	1	1	1	5	—
19. Hessen-Nassau	1	7	—	1	1	2	—
20. Köln-Nachen	—	3	—	—	1	8	—
21. Koblenz-Trier	2	2	—	—	—	8	—
22. Düsseldorf 1-5	1	3	2	2	—	4	—
23. " 6-12	—	3	—	—	1	7	—
24. Oberbayern u. Schwaben	1	6	—	—	6	2	—
25. Niederbayern u. Oberpf.	1	2	—	—	5	2	—
26. Franken	3	5	1	—	1	5	—
27. Bayerische Pfalz	1	2	—	—	1	2	—
28. Sachsen 1-9	2	7	—	1	2	—	—
29. " 10-14	2	2	9	1	—	—	—
30. " 15-23	3	8	—	1	—	—	—
31. u. 32. Württemberg	4	7	—	—	—	4	2
33. Baden	3	5	—	1	—	5	—
34. Hessen	2	4	—	—	1	2	—
35. Westfalen-Lippe	2	3	—	1	—	—	—
36. Thüringen	4	5	3	2	—	—	—
37. Hamburg-Bremen	3	6	1	1	—	—	—
Insgesamt:	77	164	23	36	23	87	4

W.B. Bern, 23. Januar. Die Blätter äußern sich über den Verlauf der deutschen Wahlen sehr befreudigt und glauben, daß die Gefahr einer Gegenrevolution endgültig vorüber sei. „Journal de Genève“ erwartet allerdings ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Sozialisten und Demokraten, die auf dieser Grundlage die großen Tagesfragen lösen könnten. „Revue“ betrachtet es als nächste Aufgabe der Volksbeauftragten, schnellstens eine Regierung zu schaffen, mit der Europa verhandeln könne und deren Bildung die Erfüllung einer der bedeutendsten Forderungen Wilsons in Deutschland sei.

Ebert über das Wahlergebnis.

W.B. Berlin, 24. Januar. Der Volksbeauftragte Ebert empfindet einen Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ zu einer Unterredung. Dieser hat ihn, sich über das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen auszusprechen. Herr Ebert entwickelte seinen Standpunkt in nachstehenden Ausführungen:

Das Ergebnis der Wahlen hat nachträglich unser Recht bestätigt, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Wir haben nicht die Majorität, aber alle sozialistischen Mandate, vor allen alle sozialistischen Stimmen zusammen ergeben, das ist unsere Partei ist, die am stärksten und breitesten im Volke eingewurzelt ist. Wir sind auch die einzigen, die eine gewaltige Zunahme an Anhängern zu verzeichnen haben. (?) Alle anderen haben verloren, am unermutetsten das Zentrum, dem das Frauenstimmrecht vielleicht den größten Zuwachs gebracht hat. Die sogenannten nationalen Parteien haben nur kümmerliche Reste ihres Bestandes zu erhalten vermocht. Für sie ist diese erste und wichtigste

Wahl wirklich zum Volksgericht geworden. Wenn die unnatürliche Listenverbindung, die der Lobfeind reinlicher Parteigründnisse ist und nur dem Ansehensgierigen dient, nicht gewesen wäre, so hätten die mit der meisten Schuld am Kriege Beladenen nicht einmal diese spärliche Mandatszahl erhalten. Die Demokraten schnitten verhältnismäßig gut ab. Es muß sich nun allerdings erst zeigen, ob sie wirklich zu einer neuen einheitlichen Partei geworden sind, die eine gemeinsame Weltanschauung trägt. Sie enthalten doch zu viel Mitglieder der alten nationalliberalen Partei, denen die Sinneswandlung ins demokratisch-republikanische nicht ohne weiteres zugekraut werden kann. Die unabhängige Sozialdemokratie ist geblieben, was sie immer war, ein Grüppchen; ihr Anspruch auf völlige Gleichberechtigung mit uns wird durch 'as Wahlergebnis in das richtige Licht gesetzt, das uns achtmal so stark wie sie, die mit der Deutschen Volkspartei, den Herren Stresemann und Pieker, am schlechtesten abge schnitten hat.

Wir Sozialdemokraten werden also in der Nationalversammlung die Pflicht haben, Geist und Handlungslinie zu bestimmen. Noch reicht unsere Stärke nicht zur alleinigen Übernahme der Regierung, sie wird aber so groß sein, daß tatsächlich nichts geschehen kann, was unseren Grundgesetzen widerspricht. Das gilt auch für die neu zu bildende Reichsregierung. Die Partei, die darin die Säge mit uns teilen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur in demokratischem, sondern auch im sozialistischem Sinne erfolgt. Wir sehen in der Nationalversammlung und ihren Ergebnissen keine Möglichkeit schleuniger und gründlicher Beendigung der Revolution, sondern eine Befestigung der revolutionären Errungenschaften. Das muß auch der Grundgedanke jeder Partei sein, mit der wir uns über die gemeinsame Regierungstätigkeit vereinbaren sollen. Von bürgerlicher Seite ist manches geschehen, was den Verdacht begründet erwecken läßt, als läßen sie in der Nationalversammlung ein Mittel zur Rückwärtsbewegung. Solche Bestrebungen würden bei uns heftigen Widerstand finden. Die Konstituante kann eine ruhige Entwicklung nur dann verbürgen, wenn sie ein neues Deutschland mit glücklicheren Verhältnissen für die bisher Entbehrten schafft. Jeder Versuch, statt dessen die alten Machtverhältnisse gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufleben zu lassen, wäre das Signal für einen neuen Umsturz und damit für die Verewigung der verfahrenen Zustände, die unser Wirtschaftsleben je länger, je mehr untergraben müssen.

Zur Wahrung der Reichseinheit Preußens.

B. D. Berlin, 24. Januar. Der Ausschuss der Obmänner der Deutschen demokratischen Partei des Reichswahlbezirks Berlin hat einstimmig den Beschluß gefaßt, für die preußische Nationalversammlung nur solche Kandidaten vorzuschlagen, die in der Nationalversammlung gegen jeden einseitigen Antrag stimmen. Es darf aber angenommen werden, daß Staatssekretär Dr. Preuß nach der Veröffentlichung seiner Denkschrift eine auf ihn entfallende Wahl nicht annehmen wird. („Post.“)

nn. Berlin, 24. Januar. Heute nachmittag fand im Reichsamt des Innern eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt, in der der Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß und vor allem die Frage der Aufteilung Preußens besprochen wurde. Die einzelnen preußischen Minister sollen sich gegen den Gedanken, Preußen in mehrere Freistaaten zu zerlegen, energisch ausgesprochen haben.

Neue Gemeindevertretungen in Preußen.

nn. Berlin, 24. Januar. Das preußische Staatsministerium erklärt eine Verordnung, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Die Neuwahlen der Gemeindevertretungen müssen bis zum 2. März an einem Sonntag an Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts von allen Männern und Frauen nach den Bestimmungen der Verfassungswahl erfolgen. Am 2. März verlieren dann die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Befugnis.

Vom Grenzschutz für die Ostfront.

B. D. Berlin, 24. Januar. Der Grenzschutz für die Ostfront wird in Frankfurt a. d. Ober zusammengestellt. Gestern und heute sind Trupps für die Freiwilligenregimenter dorthin abgegangen. Die Stimmung der Soldaten wird als gut bezeichnet. Für Schneidemühl ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Bürgerwehr, die alle besseren Elemente umfaßt, ist jetzt 1000 Mann stark und verfehlt den Dienst in durchaus befriedigender Weise, so daß die in der genannten Stadt befindlichen Polen vollkommen in Schach gehalten werden. („L.A.“)

Verhandlungen mit den preußischen Polen.

W.B. Berlin, 24. Januar. Zu den in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen den preußischen Polen und der Reichsregierung erfahren die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ von maßgebender Seite: Die Polen in Polen haben die Reichsregierung um Kohlenlieferung erucht und sich dafür bereit erklärt, Lebensmittel zu liefern. Die Reichsregierung hat das Ersuchen in dieser Form abgelehnt und erklärt, daß sie aus dem preußisch-polnischen Fragenkomplex nicht einzelne Fragen herauslösen lassen könne, sondern darauf bestehen müsse, daß das deutsch-polnische Ver-

Morgen: Preußen-Wahl! Die deutsch-demokratische Liste beginnt: Kanzow, Laser, Grabowski!